

Aus der Sackgasse

Lucas Zeise zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Die Kapitulation der Syriza-Regierung in Griechenland hat ein paar Dinge geklärt. Frühere Euro-Befürworter wenden sich entnervt von der Vorstellung ab, die Strukturen und Institutionen könnten innerhalb der EU demokratisiert oder im Interesse der Mehrheit ökonomisch umgestaltet werden. Aber welche Haltung können sie (können wir) nun zur Euro-Währungsunion einnehmen? Es reicht nicht, sie einfach als Tatsache zu akzeptieren, gegen die anzurennen sinnlos ist. Beispielsweise blieb Linken 1990 nicht anderes übrig, als die Ausweitung des Geltungsbereiches der D-Mark auf die DDR hinzunehmen. Damals war klar, dass die Herrschenden an diesem Projekt festhalten würden und dazu in der Lage waren, es durchzuziehen. Beim Euro ist das anders. Diese Währungsunion wird für die relativ schwachen beteiligten Länder ökonomisch unerträglich, für die relativ starken auf Dauer zu teuer. Die Euro-Krise seit 2010 hat gezeigt, dass sich die Interessengegensätze durch die gemeinsame Währung verschärfen und wahrscheinlich recht bald zu einer Auflösung, einem Abbröckeln oder einer Spaltung führen. Auch in den Regierungszirkeln ahnt man, dass dieses System keine Zukunft hat und überlegt, wie die Kontrolle über das wirr strukturierte und damit gefährdete Imperium gefestigt werden kann.

Leider kann man nicht den Standpunkt des künftigen Historikers einnehmen und nur interessiert beobachten, wie das Konstrukt zerfällt. Schon was wir bisher an Krise erlebt haben, ist für viele Bewohner unerträglich. Es ist deshalb im Prinzip richtig, wenn zum Beispiel Oskar Lafontaine sagt, aus dieser Sackgasse komme man am ehesten heraus, wenn man rückwärts geht. Das hieße die Rückkehr zu einer Art europäischem Währungssystem, wie es vor 1999 bestand. Die Wechselkurse waren in diesem System politisch vereinbart, wurden von den Zentralbanken auf dem Finanzmarkt durchgesetzt und gelegentlich (fast immer in Krisenzeiten) angepasst. Die ökonomisch schwächeren Länder könnten dann wie damals durch Abwertung den heimischen Absatzmarkt gegen starke Importeure verteidigen. Einer, vermutlich der übelste Nachteil, bestand darin, dass die Deutsche Bundesbank als stärkste Akteurin und Interessenvertreterin der deutschen Exportwirtschaft und des Finanzkapitals die Geld- und Währungspolitik bestimmte. (Das war eine indirekte Herrschaft. Die Eingriffsmöglichkeiten der EZB heute sind weitaus direkter.)

Bei einem solchen Schritt zurück und einer Trennung der Währungen stellt sich die Frage, in welcher Währung die Schulden zurückzuzahlen sind. Wenn D-Mark und Drachme sich trennen, dürften die Schulden des griechischen Staates in D-Mark kalkuliert noch weniger zurückzuzahlen sein als ohnehin. Würden sie in schwächer werdenden Drachmen fortgeschrieben, bedeutete das für die deutsche Seite einen verlustreichen Schuldenschnitt. Man kann es auch anders sehen: Ein Zweck der Währungstrennung ist schließlich die Möglichkeit für die Schuldner, ihre Schuld zu entwerten. Auf diese Frage sollte sich die Diskussion konzentrieren.

<http://www.jungewelt.de/2015/09-05/032.php>